

2 Jahre 'Bündnis 30% mehr Zukunft' - Jugendarbeit funkt SOS

Presseerklärung des „Bündnis 30% mehr Zukunft“ - für den Erhalt aller Jugendhäuser

Schluss mit der „Politik des Mangels“ – Jugendarbeit fordert 30% mehr Geld !

Mit dieser Forderung wandten sich vor genau 2 Jahren, am 30. Jan. 2013 im DGB-Haus, 80 Beschäftigte aus allen Bremer Freizeits und Jugendverbänden und darin engagierte Jugendliche an die bremischen Regierungsparteien mit



dem dringenden Apell, in den bevorstehenden Festlegungen der sog. „Eckwerte“ des Sozialressorts (Haushaltsberatungen für die Jahre 2014/2015) mindestens 2 Mio. Euro (30%) mehr für den in den letzten 10 Jahren nur sehr geringfügig erhöhten Etat von aktuell 7,2 Mio. für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung zur Verfügung zu stellen. Die haushälterische Geringschätzung (nur 0,18% des bremischen Gesamthaushaltes) der außerschulischen

Bildungsarbeit und der Integrationsarbeit mit Migrantinnen und Flüchtlingen in den Freizeits und Jugendverbänden ist skandalös und steht in krassem Widerspruch zu all den öffentlichen Beteuerungen, sich mehr für Toleranz in einem bunten Bremen einzusetzen.

Geschehen ist unter finanziellen Gesichtspunkten fast nichts. Zwar wurde in der Bürgerschaft, den Fachausschüssen und in der Presse/Öffentlichkeit viel zu dem Thema berichtet und diskutiert. Auch der Landesjugendring und die LAG (Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) hat mehrfach eine deutliche Verbesserung der Refinanzierung der vor ca. 10 Jahren in die Hände der freien Träger übergebenen Freizeits und der ebenfalls per Gesetz vorgeschriebenen Förderung der Jugendverbände angemahnt.

Im November 2014 wurde dann vom Jugendhilfeausschuss ein neues Rahmenkonzept für die Offene Jugendarbeit (OJA) verabschiedet, welches das alte „Anpassungskonzept“ ablöst. Jetzt sind die Aufgaben und erwünschten Wirkungsweisen der Jugendarbeit für Bremen umfangreich beschrieben - ein konzeptioneller Fortschritt mit dem endlich auch notwendige fachliche Standards beschrieben und eingefordert werden.

Mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln ist es jedoch nicht umsetzbar, müssen doch zur Umsetzung nach unseren Schätzungen mindestens 2 Mio. Euro oben drauf gepackt werden, jährlich müsste der Etat auskömmlich erhöht werden und die (übrigens auch von VAJA ,aufsuchende Jugendarbeit, geforderten) Räume/Gebäude müssten aus anderen Ressorts (energetisch) saniert werden. Ohne zusätzliche Finanzierung bleibt also auch das neue Konzept wirkungslos, ein Papiertiger. Die nun versprochenen 100.000 Euro mehr in 2015 sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein – eine „Wahlkampf-Taschengelderhöhung“, mit der keine substantielle Verbesserung der Lage möglich ist. Und eine bedarfsgerechte, sowohl landesweite wie auch kleinräumige, Jugendhilfeplanung fehlt ohnehin seit 23 Jahren trotz klarer gesetzlicher Vorgaben (siehe §4 und 5 BremKJHG).

Haushaltskonsolidierung über die offene Jugendarbeit ?!

Ein Blick in die Vergangenheit kann das schwindende Vertrauen in Politik nur verstärken: In den 1980er Jahren waren in vielen Freizeits in Bremen noch 4 pädagogische Vollzeitstellen die Regel, zudem arbeiteten dort Honorarkräfte, Freiwilligendienstler, Anerkennungspraktikanten und Ehrenamtliche. Mittlerweile arbeiten in vielen Jugendfreizeiteinrichtungen nur noch 1 bis maximal 2 pädagogische Fachkräfte, nur selten noch mit voller Stelle. Die Mittel für Honorare und Angebote müssen ohnehin von vielen Trägern bezuschusst oder über Teilnahmebeiträge oder ebenfalls gekürzte Drittmittel erwirtschaftet werden, damit überhaupt noch etwas stattfinden kann. Planungssicherheit sieht anders aus.

Mit der Budgetdeckelung und ihren Haushaltsbeschlüssen im Dezember 2013 zementierten die Regierungsparteien von SPD und Grüne die Fortsetzung der Realkürzungen mit weiteren katastrophalen Folgen für die Angebotsvielfalt, Öffnungszeiten und Qualität der offenen Jugendarbeit in Bremen. Wie fatal diese Budgetdeckelung ist, hat im vergangenen Jahr die fünf Monate währende Besetzung des Freizeits Buntentor gezeigt. Hier soll(te) eine gut laufende Einrichtung geschlossen werden, um in einem anderen Ortsteil der Neustadt eine neue Einrichtung zu eröffnen. Sicherlich notwendige neue Angebote oder Einrichtungen können in dem unterfinanzierten Bereich der offenen Jugendarbeit zu allem Überfluss nur zu Lasten existierender Angebote entstehen.

Dabei hatte die Grüne Fraktion, die heute das Sozialressort inne hat, in ihrer Oppositionszeit (z.B. am 27.04.2001 in der Sozialdeputation), den Anteil des Jugendförderetats an der gesamten Jugendhilfe als „Investition in die Zukunft“ interpretiert und noch selbst gefordert, diesen Anteil auf 10% festzulegen (s. Anlage). In der Regierungsverantwortung stehend wurde der Anteil von 2011 (4,75%) auf heute 3,5% abgesenkt. Eine Haushaltskonsolidierung auf Kosten der offenen Jugendarbeit scheint demzufolge wichtiger als in die Zukunft zu investieren? Eine skandalöse Entwicklung, die nicht länger hinnehmbar ist!

Die Mitarbeiter der Freizis haben vor der Privatisierung eindringlich gewarnt und unser Bündnis weist seit 2 Jahren unermüdlich auf die Folgen der Unterfinanzierung hin. Der Stadtteilbeirat Burg-Lesum hat im Dez. 2014 die akute Gefährdung der Freizis „UPS“ in Marßel und „Fockengrund“ in Burg-Gramke (hier stehen nur noch 65,-Euro/Monat für das Programm zur Verfügung) in seiner Sitzung (einstimmig!) und im Weserkurier angemahnt. Ähnliche öffentliche Mahnungen kamen von fast allen bremischen Stadtteilbeiräten. Auch eine auf dem letzten Treffen unseres Bündnis (14.1.2015) erhobene Zustandserhebung in den Jugendhäusern kam zu besorgniserregenden Ergebnissen: der Bedarf steigt und steigt und die realen (inflationsbereinigten) Mittel sinken. Tariflöhne zu bezahlen, fällt den meisten Trägern immer schwerer. Die Lage ist für viele Einrichtungen und Träger längst existenzbedrohend.

Die Politiker*innen und ihre „Kämmerer“ müssen laut Gesetz der Jugend in ihren Wohnvierteln und den Fachkräften in den Jugendhäusern und Jugendverbänden auskömmliche Mittel bereitstellen. Wenn der „Behördensprecher Lukaßen“ im WeserKurier vom 3.1.2015 erklärt: "Bestandsgarantien für einzelne Einrichtungen gebe es nicht“, dann drohen in einigen Ortsteilen Jugendhaus-Schließungen, ein Fiasko für die bremische Jugend und ihre Einrichtungen.

Jugendarbeit funkt SOS !

Die bremische Jugend und ihre Jugendhäuser haben ein recht auf „mehr Zukunft“ !

Als Auftakt zur Bürgerschaftswahl informieren und diskutieren wir (Fachkräfte und Jugendliche)
öffentlich mit Vertretern aller demokratischen Parteien und der Presse am

Dienstag, den 17. März um 17:00 Uhr im Freizeitheim Oslebshausen



Bremen, 29.01.2015 _ Bündnis 30% mehr Zukunft _ Kontakt: frei.oslebshausen@jungestadt.de Tel. 0421/3619251

4 Anlagen

- Link zu der WK/ "Norddeutsche" mit dem Artikel vom 18.12.2014 mit den Mahnungen aus Burg-Lesum
- Forderungen an die Parteien vom 13.10.2014
- Auszug aus: Bürgerschafts-Drucksache 15/697 vom 27.04.2001 „Jugend im Parlament 2000“
- Gründungserklärung des 2Bündnis 30% mehr Zukunft“ vom 31.01.2013

A) http://www.weser-kurier.de/region/die-norddeutsche_artikel,-Beirat-fuerchtet-um-Freizis-arid,1015930.html

B) Verabschiedet vom Bündnis30 am 13.10.2014:

Das „Bündnis 30% mehr Zukunft“ fordert die für die Bürgerschaftswahl am 10. Mai kandidierenden Parteien und die nach der Wahl sich bildende neue Landesregierung auf, sich für Folgendes einzusetzen:

Alle bestehenden Jugendeinrichtungen und Jugendhäuser haben eine unbedingte Existenzberechtigung für die in den Wohnvierteln lebenden jungen Menschen und müssen wohnortnah erhalten bleiben. Die Planungssicherheit für alle Einrichtungen und Angebote muss hergestellt und auch über 2015 hinaus gewährleistet sein.

Aus dem Rechtsbruch der Vergangenheit müssen Konsequenzen gezogen werden und für den Etat der Jugendförderung mindestens 30% mehr Geld (2 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt werden, womit lediglich etwa der Status Quo von vor 10 Jahren erreicht wäre. Die Teuerungsrate der vergangenen 10 Jahre für die Jugendförderung muss in 2015 ausgeglichen werden.

Der Anteil der Jugendförderung am Gesamtetat der Jugendhilfe muss benannt und verbindlich festgelegt werden und auskömmlich sein.

Mithilfe einer fachlich unabhängigen, landesweiten und kleinräumigen Jugendhilfeplanung (§4 und 5 BremKJFFöG) unter Beteiligung der Jugend und ihrer Organisationen in den Wohnvierteln die Bedarfe zu erfassen und mit zusätzlichen Mitteln zu bedienen.

Die ermittelten Sanierungsbedarfe und -verpflichtungen (u.a. energetische Sanierung) der Kinder- und Jugendeinrichtungen zeitnah zu erfassen und mit zusätzlichen Mitteln (ggf. aus einem anderen Ressort) zu hinterlegen, sowie zusätzliche Mittel für Renovierungen und Investitionen bereits ab 2015 zur Verfügung zu stellen.

Eine auskömmliche Sockelfinanzierung für die Stadtteilbudgets und jede Jugendeinrichtung festzulegen, die die Einhaltung der in den Rahmenrichtlinien beschriebenen fachlichen, arbeits- und tarifrechtlichen Standards für die offene Kinder- und Jugendarbeit ermöglicht. Dies beinhaltet u.a. Mittel für mind. 2 volle Stellen für pädagogische Fachkräfte je Einrichtung, Mittel für Fort- und Weiterbildung, Betriebs- und Verwaltungskosten und ein angemessenes pädagogisches Programmangebot.

Jährliche Anpassung der Stadtteilbudgets um mindestens den Anteil der jährlichen Steigerungsrate der Personalkosten und Energiekosten; der Jugendhilfeausschuss vom 11.11.2014 „hält [mit gutem Grund] eine Aufstockung aller Stadtteilbudgets um jährlich 3,5 % ... für erforderlich.“

Umverteilungen dürfen nicht zu Lasten anderer sozial benachteiligter Menschen organisiert werden.

Die Kinder- und Jugendförderung muss durch eine gesicherte Refinanzierung befähigt werden, ihre Bildungs-, Verantwortungs-, Gemeinschafts- und Integrationspotenziale zur Entfaltung zu bringen. Offene Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit war und ist ein verlässlicher und kompetenter Partner für die Bildungs- und Kompetenzförderung junger Menschen.

C) Bürgerschafts-Drucksache 15/697 vom 27.04.2001 „Jugend im Parlament 2000“

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Senioren

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung entschieden ab. Auch konsumtive Mittel wie im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sind Investitionen in die Zukunft.

Wir befürworten eine kontinuierliche Steigerung der finanziellen Mittel der Kinder- und Jugendförderung, bis sich diese auf anteilig zehn Prozent im gesamten Jugendhilfehaushalt belaufen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für eine umgehende Umsetzung des 1998 beschlossenen Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetzes durch die Schaffung der notwendigen, längst überfälligen Richtlinien ein.

Um die Angebote der Kinder- und Jugendförderung weiterzuentwickeln, bedarf es neben einer kleinräumigen Bestandsanalyse und -erhebung der Angebote verstärkt der ernstgemeinten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und ihrer Bedürfnisse.

Forderung
10% !

D) Presseerklärung der Mitarbeiter der freien Träger der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbände und der betroffenen Jugendlichen vom 31.01.2013:

Schluss mit der „Politik des Mangels“ – Jugendarbeit fordert 30% mehr Geld!!!

Unter dem Eindruck der jährlich prekärer werdenden finanziellen Situation vieler Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie den befürchteten Kürzungen im Doppelhaushalt 14/15 und den drohenden Schließungen von Einrichtungen hatten die freien Träger aus Mitte/Östliche Vorstadt (BDP-Hulsberg, BDP-Mädchenkulturhaus, Die Friese, Naturfreundejugend – Die Buchte, Sielwallhaus sowie der Sportgarten) am 30. Januar zu einem ersten bremenweiten Vernetzungstreffen ins DGB-Haus eingeladen. Rund 80 Vertreter_innen aus der Jugendarbeit aus ganz Bremen und Bremerhaven folgten der Einladung.

Alle Anwesenden aus der Kinder- und Jugendarbeit sehen sich mit dem beschriebenen Kernproblem unzureichender finanzieller und personeller Ausstattung konfrontiert. Diese Unterfinanzierung bei steigender Arbeitskomplexität führt nicht nur zu miserablen Arbeitsbedingungen für hauptamtliches Personal auch die Weiterbildung des Personals leidet und damit die fachlich notwendige Weiterqualifizierung. Zudem hat die Unterfinanzierung der zurückliegenden Jahre bereits zu einem sukzessiven Abbau der Angebotsvielfalt und -qualität für Kinder und Jugendliche geführt. Ein aus fachlicher Sicht nicht länger hinnehmbarer Zustand. Auch aus gesetzlicher Sicht ist eine Reduzierung auf marginalisierte Jugendliche, wie es in den vergangenen Jahren in der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendförderung aufgrund der geringen zur Verfügung stehenden Mittel verstärkt der Fall war, höchst fragwürdig: Sozialpädagogische Angebote sollen laut KJHG und SGB VIII § 11 allen! Jugendlichen zur Verfügung stehen. Mehrbedarfe für besondere Zielgruppen oder spezifische Stadtteile bedürfen demzufolge einer extra Förderung, die nicht zu Lasten bestehender und wichtiger Einrichtungen und Verbände geht.

Die systematische Prekarisierung des Arbeitsbereichs ist nicht erst seit heute bekannt. Seit mehr als einem Jahrzehnt sind die zur Verfügung stehenden Mittel in vielen Stadtteilen ebenso wie für die Jugendverbandsarbeit eingefroren oder sinken – dies führt bei jährlich steigenden Ausgaben für Personal und Betriebskosten wie etwa Strom, Gas oder Wasser faktisch zu Kürzungen. Weder für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung noch für die Jugendverbandsförderung gab es in den letzten Jahren nennenswerte Erhöhungen, die den beschriebenen Tendenzen entgegenzuwirken vermochten.

Jugendeinrichtungen leisten jedoch unverzichtbare (Bildungs-) Arbeit und sind für Jugendliche ein wichtiger Grundstein bei der Persönlichkeitsentwicklung, sei es indem sie ihnen ermöglichen eigene nicht-kommerzielle Konzert- oder Theateraufführungen umzusetzen oder indem sich Jugendeinrichtungen in Kooperation mit Schulen für einen toleranten Umgang auf dem Pausenhof einsetzen. Jugendarbeit setzt dort an, wo klassische Bildungseinrichtungen nicht hinreichen: Zeitlich durch Nachmittags-, Wochenend- oder Ferienangebote oder durch ihre Methodenvielfalt. Jugendarbeit ist Beziehungsarbeit, dafür sind langfristig tragfähige Strukturen unverzichtbar. Mit der „Politik des Mangels“ muss endlich Schluss sein!!! Jugendarbeit darf nicht kaputt gespart werden und Politik in Bremen muss endlich Verantwortung für Jugendliche übernehmen.

Hier sind ausdrücklich alle Ressorts aufgefordert, unsere Forderungen ernst zu nehmen und ihren Teil zu einer Umsetzung beizutragen.

- Der Erhalt des Status Quo ist nicht ausreichend - Für die Jugendarbeit in Bremen muss mindestens 30% mehr Geld zur Verfügung gestellt werden*
- Alle bestehenden Jugendeinrichtungen müssen erhalten bleiben*
- Zusätzliche Bedarfe und Aufgaben brauchen zusätzliche Finanzierung*
- Kontinuierliche Fort- und Weiterbildung für Mitarbeiter_innen muss gewährleistet werden*
- Ressortübergreifende Bedienung der Mehrbedarfe im Bereich Kinder und Jugendförderung*
- Umverteilungen dürfen nicht zum Nachteil anderer sozial Benachteiligter organisiert werden*